

„Die AfD-Abgeordnete der Fraktion gegenüber die Fraktion auseinanderzudiv

Ex-Republikaner-Chef Dr. Rolf Sc

Zwei Legislaturperioden lang saßen Abgeordnete der Partei „Die Republikaner“ als Opposition im Stuttgarter Landtag von Baden-Württemberg. Dabei leisteten sie in der Zeitstrecke von 1992 bis 2001 vielfältige Parlamentsarbeit, wurden aber von den Altparteien sowie vom Verfassungs- und Staatsschutz in teilweise übler Form massiv bekämpft und ausgegrenzt. Erwartet die AfD im Deutschen Bundestag ein ähnliches Schicksal? Welche Erfahrungen und Lehren aus der Republikaner-Zeit im Landtag von Baden-Württemberg sind gerade heute im Hinblick auf das Schicksal der AfD Erinnerungswürdig? Vinzenz Riedler sprach für die „Aula“ mit Dr. Rolf Schlierer, dem früheren Fraktionsvorsitzenden der Republikaner im Stuttgarter Landesparlament, über seine Sicht der damaligen Ereignisse und mögliche Lehren für gegenwärtige Fragen einer patriotischen Oppositionspartei.

Als Sie 1992 mit über zehn Prozent Stimmenanteil für die Republikaner in Baden-Württemberg erstmals in den Landtag einzogen: Wie reagierten die anderen im Parlament vertretenen Parteien auf den unerwünschten Neuling? Neulinge werden in Parlamenten stets als Störenfriede abgelehnt, vor allem weil die etablierten Parteien um ihre

Erbhöfe, um die eingespielte Verteilung von Macht und Ressourcen fürchten. Das ging auch den Grünen am Anfang so. Deshalb haben wir auch nicht erwartet, mit offenen Armen empfangen zu werden. Wir hatten allerdings nicht mit der offenen Feindseligkeit und dem Haß aus den Reihen von SPD, Grünen und CDU gerechnet, die nicht nur den Abgeordneten, sondern auch den Fraktionsmitarbeitern entgegenschlug.

Sie sprechen von „Haß und Ausgrenzung“, können Sie das konkretisieren?

Ja! Die Palette der Zurückweisungen folgte dem Prinzip der Ächtung. Statt inhaltlicher Auseinandersetzung ging es den anderen Parteien nur um persönliche Diffamierung und Ausgrenzung. Dazu gab es eine regelrechte Handlungsanweisung aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, die wörtlich eine Stigmatisierung der Republikaner empfahl.

Was waren die Schwerpunkte Ihrer Parlamentsarbeit in den zwei Legislaturperioden bis 2001 und wo waren Sie besonders erfolgreich?

Wir haben von Anfang an versucht, alle politischen Themenfelder abzudecken. Unser erster Gesetzentwurf betraf den sozialen Wohnungsbau. Weitere Schwerpunkte bildeten – schon damals – natürlich die Asylflut, die Innere Sicherheit, die Integrationspolitik, Europa und die Islamisierung. Wir haben 1995 verhindert, daß eine Referendarin mit Kopftuch in den Schuldienst eingestellt wurde. Die Union war schon damals zu feige, sich gegen

eine schleichende Islamisierung zu wahren. Und wir haben im Bereich der Inneren Sicherheit und der Integrationspolitik die anderen Parteien regelrecht vor uns hertreiben können. Als wir aus dem Landtag ausschieden, frohlockten die anderen Parteien, daß man jetzt im Parlament endlich nicht mehr über Ausländer und Integration reden müßte!

Worin bestanden die größten Probleme Ihrer Fraktion von Neulingen im Parlament? Sie hatten ja größtenteils noch keine oder nur wenig Erfahrungen auf diesem Gebiet?

Wir brachten 1992 allenfalls etwas Erfahrung aus der anders strukturierten Kommunalpolitik mit und mußten uns die notwendigen Kenntnisse der parlamentarischen Arbeit selbst erarbeiten. Da gab es keine Schonzeit oder Nachsicht. Das reichte von der Geschäftsordnung bis zur praktischen Umsetzung parlamentarischer Initiativen in den Wahlkreisen. Schwierig gestaltete sich vor allem die Gewinnung von qualifizierten Beratern und Mitarbeitern für die Fraktion. Es ist uns damals nicht gelungen, gleichzeitig sowohl die Fraktion zu etablieren als auch die Parteistrukturen auszubauen und die Verflechtung von Landespolitik und Kommunalpolitik zu institutionalisieren. Im Rückblick muß ich auch eingestehen, daß leider nicht alle Fraktionsmitglieder ernsthaft mitgearbeitet haben; es gab einige, die mehr die Privilegien und Annehmlichkeiten des Abgeordneten-

Erfahrener Politiker: Der Arzt und Rechtsanwalt Rolf Schlierer saß fast zehn Jahre im Landtag und war zwanzig Jahre Chef der Republikaner.

n müssen die Einheit über allen Versuchen, widieren, bewahren.“

hlierer im „Aula“-Gespräch

daseins als die Mühen einer intensiven politischen Arbeit schätzten.

Welche Rolle spielten Verfassungs- und Staatsschutz im Kampf gegen die Republikaner?

Einer der größten innenpolitischen Skandale der Bundesrepublik wird bis heute totgeschwiegen: Das damals vom SPD-Innenminister inaugurierte Programm „Verdeckte Ermittler rechts“: Ziel dieses Programms war nicht die Aufklärung der Neonazi-Szene, sondern vielmehr deren Aufbau. Die mit Legenden versehenen Kriminalbeamten bauten Kameradschaften auf und sollten diese dann gezielt mit den Republikanern in Verbindung bringen, um die Partei wegen angeblicher Kooperation mit Verfassungsfeinden denunzieren zu können. Die von einem Beamten mit dem Tarnnamen „Axel Reichert“ errichtete Kameradschaft Karlsruhe wurde vor den Toren des Bundesverfassungsgerichts installiert. Zur gleichen Zeit gab es auch in Jena eine Kameradschaft, aus der dann der sog. NSU hervorging. Über Jahre hinweg trat der Beamte als harter Neonazi auf, hielt Schulungen ab, hielt Hetzreden, rekrutierte Mitkämpfer aus der Hooligan-Szene, unterstützte Neonazis finanziell, schickte junge Leute zu Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen, bot Waffen an und meldete alles seinen Vorgesetzten im Landeskriminalamt. Reichert suchte Kontakt zu örtlichen Strukturen der Republikaner, was sein Dienstherr, der Innenminister, dann prompt als Kooperation der Partei mit Neonazis vermeldete.

Wie konnten diese verdeckten Schmutzaktionen, die offenbar den Mustern geheimdienstlicher Operationen folgten, letztlich enttarnt werden?

Der „Verdeckte Ermittler“ (VE) flog nur auf, weil er sich an einer Polizeischule gegenüber einem früheren Republikaner im Suff outete und mit seinen früheren Schandtaten prahlte. In einem von mir angestregten Ermittlungsverfahren räumte der Kriminalbeamte später ein, daß er den konkreten Auftrag hatte, die Republikaner mit den von ihm inszenierten Neonazi-Umtrieben in Verbindung zu bringen. Mit diesen kriminellen Methoden, die wir als Beschaffungsextremismus bezeichnet haben, gelang es den Altparteien, die notwendige Plausibilität für die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der Republikaner zu erzeugen.

Mit welchen Folgen?

Die Nennung in den sog. Verfassungsschutzberichten und die Beobachtung einer Partei hat zwar nach Ansicht der Verwaltungsgerichte angeblich keine unmittelbare rechtliche Wirkung. In Wirklichkeit bedeutet die Stigmatisierung einer Partei als verfassungsfeindlich, daß ihre Mitglieder nicht im öffentlichen Dienst bleiben können, daß Beamte die Partei nicht unterstützen können, daß Selbständige und Freiberufler erhebliche Nachteile in Kauf nehmen müssen, wenn sie sich zu der Partei bekennen. Damit werden Mitglieder zum Austritt veranlaßt, standhafte Mitglieder werden mit Disziplinarmaßnahmen überzogen und nicht mehr befördert, potentielle



Unterstützer werden abgehalten. Vor allem im bürgerlichen Milieu wirkte diese Stigmatisierung auf fatale Weise und zehrte die Partei aus, auch wenn keine der staatlich verhängten Disziplinarmaßnahmen gegen Parteifunktionäre einer gerichtlichen Prüfung standhielt. Wenn Herr Kauder von der CDU jetzt ankündigt, daß man die AfD mit denselben Methoden wie die Republikaner bekämpfen müsse, dann schließt das wohl den Einsatz Verdeckter Ermittler wie den Verfassungsschutz mit ein.

Entsprach das Medienecho über die Partei- und Parlamentsarbeit der Republikaner von Baden-Württemberg einigermaßen den Erfordernissen fairer Berichterstattung?

Das Medienecho bestand weitgehend in der Schweigespirale. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk berichtete ausschließlich über jeweils drei der vier anderen Fraktionen im Landtag. Auf unsere Beschwerden hin wurde stets darauf verwiesen, daß ja auch eine der anderen Fraktionen nicht genannt worden sei. Vereinzelt wurde uns von Journalisten unter vier Augen bestätigt, daß sie über die Republikaner nicht berichten dürften. Lediglich ein Privatsender (btv) berichtete fair.

War die Lage in der Berichterstattung bei Zeitungen und Zeitschriften besser?

Nein! In den Printmedien wurde fast nur Negatives über die Fraktion und die Partei berichtet. Jede Diskussion innerhalb der Partei wurde zu einem Machtkampf zwischen verschiedenen Flügeln hochstilisiert. Unwahre Behauptungen wurden aufgestellt und fast nie zurückgenommen. Von fairer Berichterstattung konnte daher keine Rede sein. Der Begriff der „Lügenmedien“ trifft insoweit absolut zu. Und Alternativen wie das Internet oder soziale Medien gab es damals leider noch nicht.

Welchen erfahrungsbedingten Rat geben Sie den über 90 AfD-Bundestagsabgeordneten im Berliner Reichstagsgebäude? Worauf sollten Sie vor allem achten, wo liegen für sie die gefährlichsten Minen?

Die Bundestagsabgeordneten der AfD stehen vor einer Herkules-Aufgabe: Sie müssen die Einheit der Fraktion gegenüber allen Versuchen, die Fraktion auseinanderzuidividieren, bewahren. In Baden-Württemberg ist die Landtagsfraktion schon nach wenigen Wochen an dieser Aufgabe gescheitert. Wer sich streitet, wird nicht mehr gewählt.

Die AfD muß in der Breite ihrer Bundestagsfraktion die Fähigkeit zu parlamentarischer Arbeit unter Beweis stellen; da genügen einzelne Frontleute nicht. Nur die Abgeordnetensessel warmzuhalten, reicht nicht. Und die Abgeordneten müssen zugleich sowohl die Strukturen in der Partei weiter aufbauen als auch einen funktionierenden Apparat aus kompetenten Zuarbeitern rekrutieren. Dabei wird eines bedeutsam bleiben: Die Abgeordneten dürfen nicht der Versuchung erliegen, sich selbst und die jeweils eigenen Interessen zum Nabel der Politik zu erklären, anstatt sich täglich an den kategorischen Imperativ zu erinnern, daß man für die Nation und das Gemeinwesen zu arbeiten hat. Egoismen und Parteihader müssen zurückgestellt werden. Deshalb mein Ratschlag: Einheit wahren, Disziplin

üben, Bodenhaftung behalten und Egoismen zurückstellen!

Für wie wichtig halten Sie eine Unterstützung der AfD-Bundestagsfraktion von außen?

Das Schicksal der AfD im Bundestag wird nicht zuletzt davon abhängen, ob sie ausreichende Unterstützung aus dem vopolitischen und außerparlamentarischen Bereich erhält. Dies betrifft die Personalressourcen, aber auch die tägliche operative Arbeit. Die Altparteien können auf Stiftungen, Organisationen, Bürgerinitiativen und Unterstützermilieus zurückgreifen. Das alles muß jetzt erst einmal für die neue Partei als Schutzcordon aufgebaut werden. Das setzt dann allerdings auch die Bereitschaft der Parteigranden voraus, eine solche Unterstützung zuzulassen. Bislang konnte man eher den Eindruck gewinnen, daß manche Vorturner sich für unfehlbar und allwissend halten, was aber ganz offensichtlich nicht der Fall ist. Insbesondere benötigt die AfD-Fraktion eine ebenso professionelle wie weitgefächerte mediale Unterstützung. Dazu sind qualifizierte Mitarbeiter, aber auch viele unabhängige Mitstreiter notwendig, die unablässig dafür sorgen, daß der allgegenwärtigen Hetze in den Medien Paroli geboten wird, also eine mediale Gegenöffentlichkeit hergestellt wird. Die beste Arbeit im Parlament nützt nichts, wenn über sie nicht oder unwahr berichtet wird. Die historische Aufgabe und Chance dieser neuen Fraktion besteht darin, zum Nucleus für eine aus ihrer selbstverschuldeten Sprachlosigkeit aufwachende, bislang schweigende Mehrheit zu werden, die sich nicht mehr sprachlos wegduckt, sondern aufbegehrt und die eigenen Interessen artikuliert. Nur so kann man eine bürgerliche und mehrheitsfähige Strömung in Deutschland politisch gestalten und die Verwerfungen unserer vermerkelten Republik beseitigen.

Offener Brief an Margot Käßmann

zur Aussage der „Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017“: „Zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern: Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht.“

Sehr geehrte Frau Professor,

wenn Sie in [„\(...\) Eine Schuldvermutung im juristischen Sinne oder auch nur ein strafrechtlicher ‚Anfangsverdacht‘ bestand gegen die große Masse der Deutschen nicht, und die Untersuchten konnten sich dabei voll entlasten. In der amerikanischen Besatzungszone kam es bei 950.000 vor den Spruchkammern verhandelten Fällen nur in drei Prozent zu einer Einstufung in die Kategorien der Hauptschuldigen oder der Belasteten. Bezogen auf alle Einwohner dieser Zone, etwas über 17 Millionen, sind das wenige Promille. Die anderen ‚Verantwortlichen‘ dieser Art blieben ohne nachgewiesene Belastung \(...\)“*](http://www.journalisten-watch.com/2017/05/27/margot-kaessmann-jeder-deutsche-mit-deutschen-eltern-ist-ein-nazil-als-„nicht-mehr-bei-Sinnen“-gekennzeichnet-werden,-ist-das-eine-Auffassung,-die-ich-ohne-Einschränkung-teile.-Das-tue-ich-nicht-aus-irgendeinem-Gefühl-oder-aus-dem-hohlen-Bauch-heraus,-sondern-weil-es-wissenschaftlich-von-Prof.-Dr.-jur.-Konrad-Löw-anders-bewiesen-words-ist.-Dabei-ist-dieser-Beweis-durch-alle-Gerichtsinstanzen-hindurchgegangen-und-letztlich-vom-Bundesverfassungsgericht-nach-sechsjähriger-Prozessdauer-mit-einstimmigem-Beschluß-so-bestätigt-words.-Ich-kopiere-Ihnen-hier-mal-hinein,-was-er-auf-S.-85-seines-Buches-„Adenauer-hatte-recht“-geschrieben-hat:</i></p></div><div data-bbox=)*

Wenn Sie also anderes behaupten wollen, müßten Sie zuerst mal einen Beweis führen, der denjenigen, den Prof. Dr. Löw geführt hat, aushebelt. Ich kann Ihnen voraussagen: Es wird Ihnen nicht gelingen. Wenn Sie als einen derartigen Unsinn behaupten, wie Sie das getan haben: Wer sollte Sie dann noch ernst nehmen?

*Mit freundlichen Grüßen
Karin Zimmermann*